

INSOLVENZEN: ANZAHL BEDEUTET NICHT AUSWIRKUNG

INSOLVENZPROGNOSEN WÄHREND DER CORONA-KRISE

Von vielen Seiten werden derzeit Fragen zu unseren Insolvenzzahlen laut. Sind wir nicht zu vorsichtig mit unserer Prognose, wenn wir doch einen größeren Konjunkturereinbruch als im Jahr 2009 erwarten? Hier kommt nun eine genauere Erläuterung.

Coface hat Anfang April die neuen Prognosen zu Wirtschaftswachstum und Insolvenzen in Deutschland veröffentlicht. Wir erwarten 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von um die 6,8% zum Vorjahr. Die Insolvenzen sollten im gleichen Jahr um 11% zulegen. Für viele Beobachter ist das eine zu niedrige Prognose. Denn der Konjunkturereinbruch wäre 2020 deutlich stärker als im letzten Rezessionsjahr 2009 mit -5,7% zum Vorjahr, während die Prognose zu den Insolvenzen mit 11% so ziemlich auf dem Niveau von 2009 liegen würde. Kann das passen?

Nun, wenn das Insolvenzwachstum alleine von der Wirtschaftsentwicklung abhängig wäre, man jede Insolvenzprognose eines jeden Verbandes wortwörtlich nähme und jede Insolvenz vom Schaden her vergleichbar wäre, dann nein. Aber:

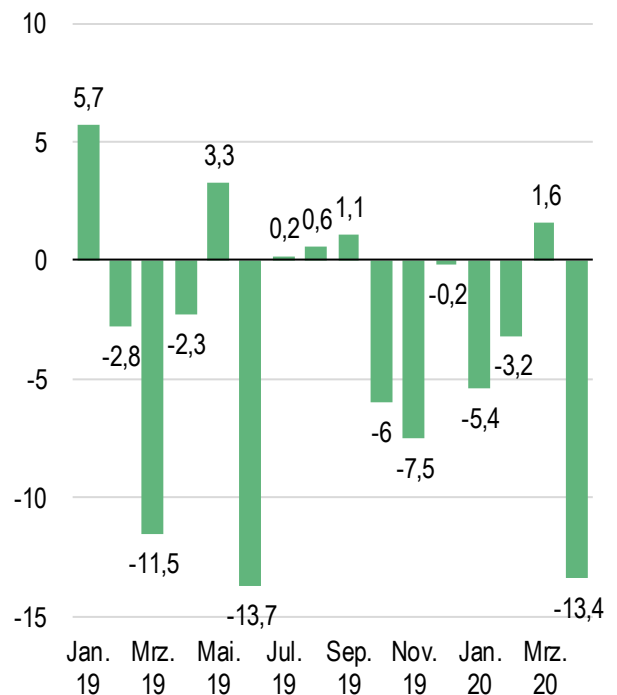
1. Die Insolvenzentwicklung ist nicht linear abhängig von der Wirtschaftsentwicklung

Dies würde implizieren, dass sich der Zusammenhang zwischen Insolvenzen und der Wirtschaft nicht verändert hätte. Jedoch ist dem nicht so. Dem Gründungsmonitor 2019 der KfW zu Folge hat sich Zahl der Unternehmensgründungen in den letzten 16 Jahren erheblich verringert. Während 2002 der Anteil der Existenzgründer an der Erwerbsbevölkerung¹ noch bei 2,76 lag, ist diese Quote in 2010 auf 1,82 gesunken und erreichte 2018 einen Stand von 1,06. Doch je weniger Unternehmen gegründet werden, desto geringer ist auch die Wahrscheinlichkeit für das unternehmerische Scheitern durch eine Insolvenz. Somit ist generell die Anzahl der Insolvenzen heute anders zu sehen, als die Zahl der Insolvenzen vor 10 Jahren.

Ein weiterer Punkt, der bei der Prognose bedacht werden muss, ist der Zeitpunkt der Insolvenz. Denn im März hat die Bundesregierung die Regelungen für den Insolvenzantrag geändert. Während bis jetzt galt, dass spätestens drei Wochen nachdem die Überschuldung und Illiquidität festgestellt worden ist, die Insolvenz beantragt werden muss, ist diese Frist derzeit ausgesetzt.

Sollte die Insolvenz durch die Folgen der Corona-Krise drohen, hat das Unternehmen die Möglichkeit, den Antrag auf Insolvenz bis zum 31. September 2020 zu verschieben. Bei besonderen Fällen wird diese Frist auch bis zum 31. März 2021 ausgeweitet. Das bedeutet, dass nicht alle Insolvenzen, die eigentlich in diesem Jahr rechnerisch stattfinden müssten, auch in diesem Jahr erfolgen. Dies zeigen bereits die Daten des statistischen Bundesamtes. Die Behörde hat turnusgemäß die Zahlen für Februar veröffentlicht und dabei erste Schätzungen für März und April publiziert (sie beziehen sich da auf Insolvenzanträge, es ist dabei ungewiss, ob diese Anträge zu Verfahren führen). Das Ergebnis war überraschend. Im Februar, in dem der Corona-Virus wenn überhaupt, dann nur einzelne Branchen betraf, ging die Anzahl der Insolvenzen um 3,2% zum Vorjahr zurück. Im März, dem ersten Monat der Beschränkungsmaßnahmen, legten die Insolvenzen sehr gemäßigt um 1,6% zum Vorjahr zu. Im April hingegen nahm die Anzahl der Insolvenzen überraschend um ganze 13,4% ab. Solche Rückgänge zu Vorjahr konnte man auch schon in anderen Monaten beobachten, aber selten während einer Wirtschaftskrise.

Grafik: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland (Veränderung zum Vorjahr in Prozent)



Quelle: Destatis, Datastream, Coface

¹ Hier angegeben als alle Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahre

2. Nicht jede angekündigte Insolvenz wird auch eine tatsächliche Insolvenz

Derzeit sind die Zeitungen voll von Hiobsbotschaften um Insolvenzen. Praktisch jede Branche erwartet eine Insolvenzwelle in diesem Jahr. Dies wird nicht nur in den Ankündigungen der Branchenverbände deutlich, sondern auch in den Umfragen der deutschen Wirtschaftsinstitute (z.B. ifo). Die Gefahr von Insolvenzen wollen wir an dieser Stelle nicht schmälern. Jedoch besteht hier ein Moral Hazard-Problem, also eigene Anreize, die zu solchen Aussagen führen. Denn wenn ein Verband nicht vor vielen drohenden Insolvenzen warnt (und dabei womöglich etwas übertreiben könnte), dann wird die Politik nicht auf diese Problematik aufmerksam und kann keine staatlichen Hilfsmaßnahmen aufstellen. Es ist also im Interesse des Verbandes, im Zweifel höhere als niedrigere Insolvenzprognosen zu stellen. Wenn dann die staatlichen Hilfsmaßnahmen eingerichtet worden sind und Branchen aktiv stützen, dann werden dadurch zielbringend Insolvenzen verhindert (daher ist ja auch die Frist zur Insolvenzanmeldung in den September verschoben worden). In diesem Sinne werden angekündigte Insolvenzen nicht realisiert und am Ende sollten weniger Insolvenzen eintreten, als in den Umfragen der Wirtschaftsinstitute ermittelt.

3. Nicht jede Insolvenz hat die gleichen wirtschaftlichen Folgen.

Bei Insolvenzprognosen ist es absolut wichtig darauf zu achten, was genau prognostiziert wird. Ist es die absolute Zahl der Insolvenzen, deren Veränderung zum Vorjahr oder gar die Schäden, die durch die Insolvenzen entstehen. Gerade beim Punkt Anzahl vs. Schaden ist wohl klar, dass eine Insolvenz, so tragisch sie für alle Beteiligten ist, unterschiedliche Schäden für die Wirtschaft haben kann. Es ist ein Unterschied, ob ein multinationaler Konzern mit tausenden von Mitarbeitern insolvent wird oder ein Drei-Mann-Betrieb.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das Baugewerbe. Das Baugewerbe ist traditionell unter den Branchen, die Coface bewertet², die Branche mit den höchsten Insolvenzzahlen. Alleine 2019 meldeten 2209 Unternehmen Insolvenz an. Trotzdem ist die Baubranche eine der wenigen Branchen, die wir aus volkswirtschaftlicher Sicht in Deutschland in den vergangenen Quartalen immer wieder mit

dem Prädikat „niedriges Risiko“ bedacht haben. Warum? Die Baubranche in Deutschland besteht aus vielen Klein- und Kleinstbetrieben. Viele Handwerkerbetriebe haben nur einen geringen Kapitalstock und wenige Mitarbeiter. Wenn sich hier ein Unternehmer mit einem einzigen Auftrag verhebt, z.B. die Kostenbelastung eines Auftrags falsch einschätzt, führt dies oft zur Insolvenz. Eine solche Insolvenz ist damit unabhängig von der tatsächlichen Entwicklung der Baukonjunktur. Denn diese brummt in den letzten Jahren durch die zunehmende Verstärkung und Niedrigstzinspolitik der EZB. Letztere führt zu niedrigen Baukreditzinsen und führte ebenfalls dazu, dass Immobilien zu einer der wenigen rentablen Investitionsmöglichkeiten in Deutschland wurden. Andere Sektoren halten mit der Wirtschaftsaktivität im Bau bei weitem nicht mit. Das führt zu dem Phänomen, dass die Baubranche mit einem Wachstum der Investitionen von 2,9% zum Vorjahr im Durchschnitt zwischen 2016 bis 2019 in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung deutlich besser dasteht als das BIP selbst, welches im gleichen Zeitraum durchschnittlich nur um 1,8% zum Vorjahr zugelegt hat.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass wir bei Coface eine Prognose zur jährlichen Veränderung von Insolvenzverfahren (keine Anträgen) für das Jahr 2020 stellen. Hier erwarten wir einen Anstieg von 11% oder einem neuen Stand von um die 20.800 Insolvenzen zum Jahresende 2020. Hierbei erwarten wir, dass staatliche Unterstützungsmaßnahmen viele angekündigte Insolvenzen erfolgreich verhindern können. Zudem rechnen wir nur Insolvenzverfahren ein, die in 2020 erfolgen und nicht diejenigen, die in 2021 laufen, aber ihren Ursprung im Jahr 2020 haben. Zudem wird einem die Anzahl sehr gering vorkommen, wenn man bedenkt, dass man ein ähnliches Insolvenzniveau (von der Anzahl) 2016 gesehen hat (21518 Unternehmensinsolvenzen), welches konjunkturell gesehen ein gutes Jahr war. Es zählt aber nicht die Anzahl alleine, sondern das Umfeld (es gibt derzeit weniger Unternehmen als 2016) und der Schaden, der entsteht. Wenn eine Reihe großer Unternehmen insolvent gehen, wird das die Branchen und die Wirtschaft selbst nachhaltig verändern und mit großer Wahrscheinlichkeit mit Zeitverzug auch andere Unternehmen zu Fall bringen. Insoweit sollte man sich von der alleinigen Zahl hier nicht täuschen lassen. Denn sie hat es in sich!

² Agrar-Nahrungsmittel, Holz, Papier-Verpackung, Textil-Bekleidung, Chemie, Pharma, Metall, Automobil, Informations- und Kommunikationstechnologie, Energie, Bau, Einzelhandel, Transport